

Europa plant ein Verbot von russischem Öl und Gas im Ukraine-Konflikt

Die Europäische Union rückt näher an ein vollständiges Importverbot für russisches Öl und Erdgas, mehr als drei Jahre nachdem Moskau seine unprovizierte und umfassende Invasion in der Ukraine gestartet hat. Gesetzesvorschlag zur schrittweisen Abschaffung von Gasimporten Die Europäische Kommission, das Exekutivorgan des Blocks, legte am Dienstag einen Gesetzesvorschlag vor, der einen schrittweisen Stopp der Käufe …



Nachrichten AG

Die Europäische Union rückt näher an ein vollständiges Importverbot für russisches Öl und Erdgas, mehr als drei Jahre nachdem Moskau seine unprovizierte und umfassende Invasion in der Ukraine gestartet hat.

Gesetzesvorschlag zur schrittweisen Abschaffung von Gasimporten

Die Europäische Kommission, das Exekutivorgan des Blocks, legte am Dienstag einen Gesetzesvorschlag vor, der einen schrittweisen Stopp der Käufe von russischem Erdgas vorsieht – egal ob über Pipeline oder als verflüssigtes Erdgas (LNG) auf Tankern geliefert. Ab dem nächsten Jahr sollen keine neuen Importverträge mehr erlaubt sein. Die Importe unter bestehenden kurzfristigen Verträgen müssen in einem Jahr eingestellt werden, während Käufe unter langfristigen Verträgen bis Ende 2027 verboten werden sollen.

Reaktionen der Europäischen Kommission

„Russland hat wiederholt versucht, uns durch die Waffe der Energieversorgung zu erpressen“, sagte die Präsidentin der Kommission, Ursula von der Leyen, in einer Erklärung. „Wir haben klare Schritte unternommen, um den Hahn zuzudrehen und das Zeitalter der fossilen Brennstoffe aus Russland in Europa endlich zu beenden.“

Regelungen für LNG-Terminals und Ölimporte

Der Vorschlag enthält auch ein Verbot für russische Unternehmen oder solche mit russischer Kontrolle, langfristige Verträge für die LNG-Terminaldienste der EU abzuschließen. Dadurch soll sichergestellt werden, dass „die Terminalkapazität an alternative Anbieter umgeleitet werden kann“. Hinsichtlich der Ölimporte schlug die Kommission vor, dass die Mitgliedstaaten, die noch russisches Öl importieren, Pläne zur schrittweisen Abwendung dieser Lieferungen erstellen müssen, mit dem Ziel, diese bis Ende 2027 vollständig einzustellen.

Einblick in aktuelle Importe

So importierten beispielsweise Ungarn und die Slowakei im vergangenen Jahr laut einer Analyse des Zentrums für Forschung zu Energie und sauberer Luft weiterhin russisches

Rohöl über Pipelines. Der Vorschlag vom Dienstag bringt mehr Substanz in den „REPowerEU“-Plan der EU, der im Mai 2022 vorgestellt wurde, um die Abhängigkeit des Blocks von russischer Energie zu verringern.

Herausforderungen durch Russland-freundliche Mitgliedstaaten

Ungarn und die Slowakei, zwei EU-Länder mit einer russlandfreundlicheren Regierung, haben zuvor gedroht, neue Sanktionsrunden gegen Russland zu blockieren. Während sie letztendlich zugestimmt haben, hat die Europäische Kommission Maßnahmen ergriffen, um sicherzustellen, dass diese Länder nicht in der Lage sind, den neuesten Plan der Kommission zu behindern, indem sie Handels- und Energierecht als Grundlage für den Vorschlag verwendet hat.

Neue Sanktionen gegen Russland

Die neuen Einschränkungen werden Gesetz, sofern sie von einer „qualifizierten Mehrheit“ genehmigt werden, was bedeutet, dass mehr als die Hälfte der EU-Mitgliedstaaten, die mindestens 65% der Gesamtbevölkerung des Blocks vertreten, zustimmen müssen. Wäre der Plan unter den Sanktionsregeln der EU vorgeschlagen worden, wäre eine einstimmige Abstimmung aller Mitgliedstaaten erforderlich gewesen.

Nach der Invasion Moskaus in die Ukraine im frühen Jahr 2022 hat die EU ihre Importe von russischer Energie drastisch gesenkt. Der Anteil Russlands an den Gesamttemporen von Erdgas in der EU fiel letztes Jahr auf 19%, von 45% im Jahr 2021, laut offiziellen EU-Daten. Während Moskau im Jahr 2024 nur noch 3% der gesamten Ölimporte der EU ausmachte, waren es zu Beginn des Jahres 2022 noch 27%.

Zusätzliche Maßnahmen zur Schwächung der russischen Wirtschaft

In der vergangenen Woche stellte die EU ein neues Sanktionspaket gegen Russland vor – das 18. seit der Invasion Moskaus – das darauf abzielt, die Fähigkeit des Kreml zu verringern, Profit aus seiner Öl- und Gasproduktion zu erzielen. Von der Leyen betonte, dass die Sanktionen notwendig seien, „weil Stärke die einzige Sprache ist, die Russland verstehen wird.“

Die vorgeschlagenen Sanktionen umfassen die Senkung der Preisobergrenze für russische **Ölexporte von 60 auf 45 Dollar** pro Barrel und ein vollständiges Transaktionsverbot gegen russische Banken und andere Finanzinstitute in Drittländern, die Russland helfen, bestehende westliche Sanktionen zu umgehen. Dieses neue Paket bedarf noch der Zustimmung aller 27 Mitgliedstaaten der EU, was angesichts der zuvor geäußerten Bedenken einiger EU-Länder, wie Ungarn und der Slowakei, bezüglich weiterer Sanktionen gegen Russland kompliziert werden könnte.

Ivana Kottasová hat zur Berichterstattung beigetragen.

Details

Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](https://www.die-nachrichten.at)